

# **Zukunftsforum Politik**

Broschürenreihe  
herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 1

Arnulf Baring, Eckhard Jesse und Heinrich Oberreuter

## **Welche Macht den Parteien?**

Sankt Augustin, April 2000

Redaktionelle Betreuung: Hartmut Grewe, Gabriele Klesz

---

### **Download-Publikation**

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelei der Printausgabe beträgt zwei Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

## **Vorwort**

„Wie geht's weiter mit den Parteien in Deutschland?“ war das Thema einer Veranstaltungsreihe, in der sich die Konrad-Adenauer-Stiftung im Frühjahr 2000 mit den Folgen der Krise um Parteifinanzen in Deutschland auseinandersetzte. In fünf Hearings äußerten sich anerkannte Wissenschaftler zur Zukunft der Parteien und den wesentlichen Herausforderungen, vor denen die demokratische Gesellschaft in diesem Zusammenhang steht:

- Wieviel Macht den Parteien?
- Wieviel Bürgerbeteiligung im Parteienstaat?
- Welche Finanzierung für die Parteien?
- Welcher Weg für die CDU?
- Welches Ethos in der Politik?

Im ersten Hearing „Wieviel Macht den Parteien?“ befaßten sich die eingeladenen Experten vor allem mit den Fragen:

- Welche Rolle haben die Parteien in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland für die Stabilität der Demokratie gespielt?
- Welchen Beitrag müssen die Parteien zur Stabilität der Demokratie in Zukunft leisten?
- Das Grundgesetz schreibt den Parteien die Aufgabe zu, an der „politischen Willensbildung“ mitzuwirken. Welche Rechte, Pflichten und Grenzen ergeben sich daraus?

Im vorliegenden Heft sind die Stellungnahmen der Wissenschaftler dokumentiert und die Ergebnisse der Diskussion zusammengefaßt.

Dr. Stephan Eisel  
Leiter der Hauptabteilung  
Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft

*Prof. Dr. Arnulf Baring*

## **Parteien in der Bürgergesellschaft**

Zunächst einmal sollte eine Verständigung darüber hergestellt werden, was eigentlich die Elemente der Krise sind, über die derzeit gesprochen wird. Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein hat im Grunde genommen gezeigt, daß die Bürger intelligenter als die Medien sind.

Die Medienwirkung hat sich durch den Umzug von Bonn nach Berlin erheblich geändert. Die Medien kommen ihrer Verantwortung gegenüber der neuen Situation nicht vernünftig und maßvoll genug nach. Sie haben in den letzten Wochen bei der Beschreibung und Kommentierung der Spendenaffäre eine viel zu drastische Sprache benutzt, die einer sachlichen Erörterung der Probleme nicht gerecht wird. Von einer Parteien- oder Staatskrise, wie sie von den Print- aber auch elektronischen Medien beschrieben wurde, kann aber nicht die Rede sein. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß es in diesem Fall die Medien waren, neben der Augsburger Staatsanwaltschaft, die den Finanzskandal aufgedeckt haben, müssen diese sich fragen lassen, ob sie ihrer Pflicht nach sachlicher Berichterstattung und ausreichender Recherche immer nachgekommen sind.

Eine solche Entwicklung ist beunruhigend, weil man sich doch fragen muß, was wir eigentlich machen wollen, wenn einmal wirklich eine echte Krise der Parteien oder des Staates zu konstatieren ist. Im Kern haben wir es auch nicht mit Geld zu tun, sondern mit der Frage, wie die CDU nach 25 Jahren aus dem Schatten Kohls treten kann. Gleichwohl muß darüber gesprochen werden, was denn eigentlich der Finanzbedarf einer Partei sei. Es ist auffallend, daß in der bisherigen Diskussion weder die Medien, aber auch die Parteien selbst – auch die Union – nie gesagt haben, was eigentlich ihr Finanzbedarf ist. Wozu brauchen die Parteien viel Geld? Dies ist eine außerordentlich wichtige Frage, die den Bürgern gegenüber beantwortet werden muß. Es wäre wichtig, wenn beispielsweise Unions-Politiker ganz offen darüber reden, wofür das Geld gebraucht wird. Und es muß in diesem Zusammenhang auch erwähnt werden, daß die finanziell-strukturellen Probleme der Union weitaus größer sind als die der SPD. Politiker müssen viel mehr den gesunden Menschenverstand der Bürger ansprechen, der weitaus stärker

ausgeprägt ist, als häufig seitens der Politiker erkannt wird. Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein ist ein beredtes Zeugnis dafür. Die Bürger sind durchaus bereit, sich komplexe und komplizierte Themen anzuhören. In der jetzigen Situation müßte öffentlich ganz unbefangen über das Thema Finanzbedarf der Parteien gesprochen werden.

Im Kern geht es bei der jetzigen Diskussion gar nicht um das Geld der Union. Die Finanzaffäre hat eigentlich nur einen Prozeß beschleunigt, der mit dem Abschied von der „Ära Kohl“ bezeichnet werden muß. Zugespitzt wäre zu fragen, wie es eigentlich mit der Union weitergegangen wäre, wenn es die Finanzaffäre jetzt nicht gegeben hätte. Vielleicht ist es nicht unwahrscheinlich, daß eines Tages die Union über die jetzt in Gang gekommene Diskussion, ausgelöst durch die sogenannte Spendenaffäre, dankbar sein wird. Und zwar deshalb, weil dadurch eine nötige Diskussion über das Personal und das Programm, mit dem die CDU das neue Jahrhundert bestehen will, viel schneller und konsequenter geführt werden mußte, als es sonst möglich gewesen wäre.

Viele hatten erwartet, daß es bereits im Herbst 1998, nach der für die Union verlorenen Wahl und dem Übergang des Parteivorsitzes von Helmut Kohl auf Wolfgang Schäuble, zu einer inhaltlichen Diskussion kommen würde. Vermutlich haben viele Anhänger der CDU vor dem Hintergrund der anfänglichen Probleme der rot-grünen Regierung und den dann folgenden Wahlsiegen der Union bei mehreren Landtagswahlen im Jahre 1999 gemeint, eine solche inhaltliche und programmatische Diskussion müsse nicht forciert werden. Diese Situation hat sich aber durch die von der Spendenaffäre ausgelöste Krise schlagartig geändert.

Der Übergang in eine neue Phase nach dem Rückzug Helmut Kohls vom Parteivorsitz wäre in jedem Falle schmerzlich gewesen, personell und programmatisch. Zudem ist die Aufgabe eines neuen Parteivorsitzenden nach einer solch langen und erfolgreichen Ära eines ganzen Vierteljahrhunderts ausgesprochen schwierig. Die Frage, was die Union programmatisch darstellt, ist nicht so leicht zu beantworten, weil es sich um eine große Volkspartei mit ganz verschiedenen Strömungen handelt. So lange Kohl bestimmte, war er auch das Programm der Partei. Was ihn bewegte, machte auch sie sich zu eigen – die Nachrüstung, die Wiedervereinigung, den Euro.

Die jetzige Diskussion muß aber auch über Themen geführt werden, die in den 25 Jahren Parteivorsitz Helmut Kohls nicht auf der aktuellen Tagesordnung standen. Dazu gehört beispielsweise eine viel intensivere und konsequentere Diskussion über die Zukunft der Renten und den Umbau des Sozialstaates. Möglicherweise werden wir übrigens in absehbarer Zeit erleben, daß sich die von den Medien als Krise des Parteienstaates stark in den Vordergrund gerückte Diskussion in umgekehrte Richtung wendet. Und zwar in dem Sinne, daß rückblickend die 25-jährige Ära Helmut Kohls als etwas Stabilisierendes, Erfolgreiches und für viele Bürger des Landes Beruhigendes betrachtet wird.

Was heißt das alles für das Gesamtsystem? Die Krise, die die Union derzeit durchläuft, haben die anderen Parteien schon seit langem. Exemplarisch kann man das bei der SPD beobachten, die sich seit dem Ausscheiden von Willy Brandt, Herbert Wehner und Helmut Schmidt in einer programmatischen Dauerkrise befindet. So gesehen war Herbert Wehners Prognose, nach dem damaligen Machtverlust seiner Partei würde es für die Sozialdemokraten auf Bundesebene etwa eineinhalb Jahrzehnte bis zur Regierungsfähigkeit dauern, absolut zutreffend. Und es war selbst dann alles offen. Man muß sich nur die alptraumhafte Vorstellung in Erinnerung rufen, daß im Frühjahr 1998 nicht Gerhard Schröder, sondern Oskar Lafontaine Kanzlerkandidat geworden wäre. Er war ja nahe daran.

Auch bei der gegenwärtigen Regierung sind die Unsicherheitselemente, was sie personell und programmatisch darstellt, ausgesprochen zahlreich. Sieht man das Spektrum von Oskar Lafontaine und allen, deren Herz links schlägt, bis hin zu denen, die wie Peter Glotz dem „Turbokapitalismus“ das Wort reden, so kann man eine enorme programmatische Spannweite auch in der SPD ausmachen, ohne daß diese Spannweite in irgendeiner Weise thematisiert, geschweige denn ausdiskutiert wäre.

Aber ein fundamentaler programmatischer Diskussionsbedarf ist ebenso bei den anderen Parteien zu beobachten. Wenn man beispielsweise an die Grünen denkt, so stellt sich die Frage in personeller Hinsicht: Wer führt eigentlich diese Partei? Und die Schwierigkeiten der inhaltlichen Ausrichtung der Grünen haben sich mit der Regierungsverantwortung auf Bundesebene enorm verstärkt.

Mit großen Unsicherheiten in personeller und programmatischer Hinsicht hat auch die FDP zu kämpfen, nachdem deren bedeutende Politiker der letzten Jahrzehnte, die den Liberalen immer eine Schlüsselrolle im bundesdeutschen Parteiengefüge erlaubt hatten, abgetreten sind. Wenn die FDP im Moment von den Schwierigkeiten der Union profitiert, dann geschieht dies nicht auf einer fest begründeten programmatischen Linie. Von der PDS muß man an dieser Stelle nicht reden, weil sie gewissermaßen außerhalb des Zirkuszeltens lärmt und im Prinzip für nichts gerade stehen muß. Deren ständige, verbale Forderungen nach größerer sozialer Sicherheit profiziert von der Situation, für nichts verantwortlich zu sein. Aber selbst diese Partei hat ein Führungsproblem, was deutlich macht, daß auch sie programmatisch keine Antwort auf die Anforderungen des neuen Jahrtausends hat.

Wenn man alles zusammenfaßt, wird man konstatieren müssen, daß allmählich das Bewußtsein wächst, daß wir Abschied nehmen vom 20. Jahrhundert mit all seinen Schrecken, aber auch all seinen Leistungen. Seitdem jeden Tag drei Nullen geschrieben werden müssen, merkt man ganz deutlich, daß das ganze 20. Jahrhundert rasch in immer größere Ferne rückt. Aber nicht nur die Parteien, sondern auch die ganze Gesellschaft muß sich mit Herausforderungen des neuen Jahrtausends auseinandersetzen. Und dazu gehört auch die Frage, welche Rolle in Zukunft die Parteien in unserem Land spielen sollen.

Auch wenn man die Frage, ob die Parteien im allgemeinen zu viel Macht haben, kurz mit Ja beantwortet, ist immer noch nichts über Alternativen gesagt. Wer steht denn bereit, den Parteien kompetent die angemäßen Positionen streitig zu machen? Auch diese momentane Alternativlosigkeit muß bedacht werden, wenn man über die Zukunft der Parteien redet.

Gemessen an ihren programmatischen Defiziten haben die Parteien zu viel institutionellen Einfluß. Wahlkämpfe müßten wieder mit präzisen Inhalten versehen werden, statt immer stärker auf eine rein plakative Wahlkampfführung zu setzen. Vor allem aber muß personell überlegt werden, wie der Beruf des Politikers wieder attraktiver gemacht werden könnte. Die Bereitschaft, einer derart zeitaufwendigen und nervenaufreibenden Tätigkeit nachzugehen, wird immer geringer. Deshalb ist ja auch die Bank der Kritiker viel besser bestückt als die der Politiker. Der Politikerberuf muß attraktiver gemacht werden. Verschärfte rechtliche Regelungen

und die erwogene Möglichkeit einer Strafbarkeit von Parteivergehen werden eher dazu beitragen, gute Leute noch mehr abzuschrecken und die Attraktivität eines Politikerlebens weiter sinken zu lassen.

So gesehen steht die gesamte Gesellschaft vor großen Herausforderungen, wie einer notwendigen Diskussion über die künftige Rolle der Parteien vor dem Hintergrund immer größerer außenpolitischer Probleme. Wir müssen künftig auf außenpolitische Krisen wie beispielsweise den Konflikt im ehemaligen Jugoslawien besser vorbereitet sein, dürfen bei improvisierter Krisenbewältigung nicht auf halber Strecke stehen bleiben, wie bei dem Balkan-Stabilitätspakt und erst recht der von Anbeginn brüchigen Kosovo-Regelung.

Die Diskussion um die CDU-Parteispendenaffäre muß also in den Kontext eines allgemeinen, programmatischen Diskussionsbedarfs gestellt werden, dem alle Regierungs- und Oppositionsparteien und die ganze Gesellschaft Rechnung zu tragen haben. Anders formuliert: Die Frage nach der Zukunft unserer Demokratie und unserer Parteien – an der Schwelle zum neuen Jahrtausend – ist eine Frage an uns alle.

Das Land befindet sich in einer schleichenden Krise. Der Ernst der Situation muß unseren Menschen ausreichend ins Bewußtsein gerufen werden. Es wäre falsch, hier nur über die Rolle der Parteien zu reden, so wichtig sie auch ist. Man sollte darüber diskutieren, ob es richtig und ob es nötig ist, daß Parteien bei der Besetzung von Rundfunkräten oder von Chefredakteursposten in den Medien derartigen Einfluß ausüben, wie das gegenwärtig der Fall ist. Dieser Einfluß sollte unbedingt zurückgedrängt werden. Die demokratische Bürgergesellschaft ist eine Aufgabe, an deren Errichtung – oder Wiederherstellung – wir alle arbeiten müssen.

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter

## **Zur öffentlichen Funktion politischer Parteien**

Zunächst ist die CDU vor einer allzu beruhigenden Interpretation des Wahlergebnisses in Schleswig-Holstein zu warnen. Man muß dieses Ergebnis nüchtern analysieren, so verblüffend es für viele Beobachter auch gewesen ist. Ich würde dazu raten, es vor dem Hintergrund der politischen Situation, die wir noch im November und Dezember 1999 hatten, zu interpretieren, als es für die CDU eine konkrete Chance zum Machtwechsel in diesem Bundesland gab. Angesichts dieser Perspektive, reißt einen Bayern ein 35%-Ergebnis nicht vom Hocker. Beruhigung herrscht allerdings darüber, daß die Union offensichtlich nicht den Weg der italienischen *Democrazia Cristiana* geht.

Die CDU ist mit diesem Wahlergebnis dort wieder angekommen, wo sie im September 1998 bei der Bundestagswahl schon einmal war. Damals nach der Wahlniederlage wurde vielfach die Frage gestellt, wohin der Weg der Union gehe. Würde er zurückführen zu alten Höhen als große bürgerliche Integrationspartei der rechten Mitte oder würde der Weg sich weiter in Richtung einer 20%-Partei wenden, die ihre integrierende Kraft verliert? Die Antwort ist durch eine Reihe von Wahlsiegen relativ schnell in positiver Weise gegeben worden. Aber wir würden uns ein bißchen in die Tasche lgen, wenn wir meinten, diesen „berraschungserfolg“ verdanke die CDU ihrer ungebrochenen programmatischen und personellen Ausstrahlung. Bei der politischen Entwicklung im letzten Jahr, die zu den überraschenden Wahlerfolgen geführt hat, ist nicht zu übersehen, daß in Bonn bzw. Berlin eine Regierung agierte, die weidlich nachgewiesen hat, daß ihre politische Kompetenz kaum erkennbar und ihr Politikmanagement nicht sehr professionell war.

Zu warnen bleibt also vor einer Fehlinterpretation der Ereignisse, angesichts der Erleichterung über den Wahlausgang und die Verblüffung über die Vernunft der Wähler, die nicht nach extrem rechts oder links ausgebrochen sind. Daß die Wahlbeteiligung gegenüber früheren Wahlen nicht stark zurückgegangen ist, zeugt von der politischen Reife der Wähler. Dies alles kann uns als Demokraten

beruhigen. Ob dies allerdings auch die CDU-Anhänger ganz beruhigen kann, bleibt zu bezweifeln.

Zudem ist darauf aufmerksam zu machen, daß die Krise, über die wir im Augenblick reden, ja keine Augenblickskrise ist. Wir stehen seit etwa eineinhalb bis zwei Jahrzehnten vor der Situation eines schleichenden und man könnte eigentlich sogar sagen dramatischen Vertrauensentzugs, den die Parteien bei den Wählern erleiden. Das Vertrauen in die politischen Parteien hat sich zwischen der Mitte der 80er Jahre und heute mehr als halbiert. Das kann man nicht nur erklären mit dem traditionellen Antiparteienaffekt, das muß man selbstverständlich auch erklären mit konkreten Leistungen und Fehlleistungen, mit Weichenstellungen und Entgleisungen, die in diesen Jahrzehnten passiert sind. Jene millionenschwere Vorgänge in der Schweiz, die fallen in die Zeit, in der politisches Führungspersonal wegen der Flickaffäre noch auf der Anklagebank saß. Ob das ein Reifezeugnis politischer Verantwortung ist, möchte ich bezweifeln.

Eigentlich war die Führungsfrage der CDU nach der Wahlniederlage 1998 gelöst gewesen, und zwar auf eine überzeugende Weise. Das Führungsduo Schäuble/Merkel, das nach Kohl ins Amt gehoben worden ist, war kompetent und vertrauenswürdig. Ich bin mir nicht sicher, ob das, was jetzt passiert, der Union wirklich weiterhilft. Sie ist nämlich ein Stück weit enthauptet worden, und man weiß ja im Augenblick noch nicht, was an Häuptern noch alles rollt, angesichts der Tatsache, daß der Gerichtshof der öffentlichen Meinung bei der Personalisierung aller Politik ja heute schon die Urteile spricht, bevor die Sachaufklärung überhaupt geschehen ist. Das „überzeugendste“ Medien- und Politikkonzept in diesen Tagen scheint zu sein, Köpfe rollen zu sehen, im übertragenen Sinn. Die Frage nach der Art und Weise der politischen Willensbildung in der Fernsehdemokratie muß man einfach stellen.

Vor wenigen Wochen gab es noch Feuilletons, in denen die Union dafür bewundert wurde, daß sie die Führungsgeneration der 40-jährigen präsentieren könne. Heute haben alle diese Nachwuchsleute ein paar Probleme und einige von ihnen sogar ernste. Ähnlich wie in Weimar, als es einzelne Kabinettsmitglieder traf, schießt man gegenwärtig die Nachwuchstalente aus der Führungsriege der Union heraus, mit munteren Schrottschüssen, deren wirkliche Berechtigung nicht immer gänzlich

ersichtlich ist. Wer kann wirklich präzise nachvollziehen, was Roland Koch verbochen hat? War es nicht vielleicht weniger eine Lüge als ein Stilproblem?

Wenn wir über die Rolle der Medien in dieser Situation nachdenken, dann bitte nicht nur darüber, ob sie einen Beitrag zur kriminalistischen Aufklärung geleistet haben neben der Augsburger Staatsanwaltschaft, sondern ob sie wirklich auch die Bürger aufgeklärt haben im Sinne der Herstellung von Transparenz, der Erklärung und rationalen Einordnung der tatsächlichen Vorkommnisse. Mein Eindruck ist, daß die selben Millionen Schwarzgeld von den Medien mehrfach ausgegeben worden sind. Sie sind erst einmal skandalisiert worden als unsittliche Einnahme, dann sind die unsittlichen Transportwege kritisiert worden und schließlich sind sie als unsittliche Ausgaben angeprangert worden. Es waren aber immer die gleichen Gelder. Der Öffentlichkeit ist aber der Eindruck vermittelt worden, als ob täglich neue Beträge auftauchten.

Noch eine Bemerkung zur aktuellen Situation. In dieser Diskussion ist eine Menge Heuchelei unterwegs. Glaubt in diesem Saale wirklich jemand, es ginge in dieser Auseinandersetzung um hehre moralische Motive? Ich setze hart dagegen, es geht, und das ist ganz legitim, um Macht und Mehrheiten. Und der gegenwärtigen Berliner Regierung wäre ja wirklich nicht zu helfen, wenn sie die Steilvorlage, die ihr die Union gegeben hat, nicht ausnützen würde, um ihre Position zu festigen. Das tut sie auch ganz ordentlich. Sie hat sogar ein bißchen angefangen zu regieren, befreit von jeglicher Opposition.

Was übrigens zu der Frage führt, wie es eigentlich um die Kompetenz von Leuten in der zweiten Reihe der Unionsfraktion bestellt ist. Wenn die in der ersten Reihe gefesselt sind von einer Krise und einem Skandal, dann wäre doch von der zweiten Reihe und vielleicht auch von dem einen oder anderen Hinterbänkler zu erwarten, daß er seine Kompetenz mobilisiert (so er sie denn hat) und wacker in die Bresche springt. Wenn die Führung in ihrer Aktionsfähigkeit behindert ist, müssen schlicht und einfach andere Leute die Diskussion führen und die Entlastungsangriffe fahren gegen die Politikgestaltung der Regierung. Das vermisse ich bisher.

Zurück zur Heuchelei: Der SPD und den Grünen geht es selbstverständlich um Macht und Mehrheiten – auch im Bundesrat. Und glaubt jemand wirklich, daß es der FDP in Hessen um die Moral geht? Ihr geht es schlicht um die Chance, das

„Sterbeglöcklein“, das ihr geläutet worden ist von allen Analytikern, in ein „Triumphgeläut“ umzuwandeln, und das hat ja nun auch ein Stück weit in Schleswig-Holstein funktioniert. Und schließlich ist es naiv zu glauben, der Union ginge es nur um die politische Neuorientierung. Die innerparteiliche Diskussion um die Frage, wer soll uns denn führen, ist mittlerweile längst wieder angekommen bei Sozialproporz, Regionalproporz, Geschlechterproporz und bei der Gesäßgeographie. Dies sind Orientierungen, die für das Innenleben einer Partei bedeutsam sein mögen, die aber überhaupt nicht weiterhelfen bei der Rückgewinnung entlaufener Wähler und bei der Frage nach der öffentlichen Funktion, die politische Parteien haben, die in Deutschland in aller Regel sowieso übersehen wird. Deren eigentliche Aufgabe ist: den Staat zu managen, zu regieren und politikfähig zu sein, egal ob in einer Regierungsfunktion oder in einer Oppositionsrolle.

Was die Funktion politischer Parteien anbelangt, so muß man natürlich auch die Frage beantworten, wozu brauchen sie Geld, oder besser gefragt, wieviel Geld brauchen sie eigentlich? Die dafür zuständige Kommission beim Bundespräsidenten hat ja gefunden, sie bräuchten 245 Millionen DM. Ich kann das im einzelnen nicht nachvollziehen, aber sei es so. Neulich hat ein Publizist bei einer Diskussion über die Parteienfinanzierung sogar behauptet, die Parteien in Deutschland verbrauchten pro Jahr 3 Milliarden DM. Er zählte zunächst einmal die Kosten für die Parteien an sich auf – also 245 Mio. – und warf dann noch die Fraktionen, die politischen Stiftungen und sogar die Abgeordnetendiäten aller Parlamente einschließlich des europäischen in den gleichen Topf. Da er augenscheinlich unbelehrbar war, habe ich ihm geantwortet: „Wissen Sie, das Beste ist, wir nehmen uns wieder einen anständigen Diktator und den bezahlen wir nach A13, dann sind die Kosten wenigstens überschaubar.“

Man kann natürlich die aktuelle Diskussion nicht verstehen ohne den traditionellen Antiparteienaffekt in Deutschland. So stammt der Satz mit vermeintlich aktuellem politischen Bezug: „Die Partei ist heute die bestgehaßte Erscheinung unseres öffentlichen Lebens“ aus dem Jahr 1932 (Hans Liermann). Auch ein weiteres Zitat aus der Endphase der Weimarer Republik verdeutlicht diese Geringschätzung und Ausgrenzung als Heinrich Triepel die Partei definierte als „eine extrakonstitutionelle Erscheinung, ihre Beschlüsse sind unverbindliche und unmaßgebliche Äußerungen eines dem Staatsorganismus fremden sozialen Körpers“. Diese

Äußerungen beschreiben den historischen und verfassungspolitischen Bogen, den wir in Deutschland beschritten haben seit Bismarcks erhellender Formulierung von 1884: „Die Parteien sind der Verderb unserer Verfassung und unserer Zukunft.“ Das war unser Ausgangspunkt und es scheint so, als ob die deutsche Öffentlichkeit weithin nichts dazu gelernt hätte. Parteien haben angeblich mit dem Staat überhaupt nichts zu tun. Schauen wir ins Grundgesetz. Dort lesen wir gegen die Tradition: „Die Parteien wirken an der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Im Ansatz beantwortet das die Frage nach den Aufgaben der politischen Parteien.

Schaut man in das von den Parteien in der Bundesrepublik beschlossene Parteiengesetz, so finden wir hier eine extensive Auslegung ihrer Rolle in Staat und Gesellschaft. Sie selbst haben sich eine Fülle von Aufgaben zugeschrieben, die natürlich auch hohe Ausgaben rechtfertigen. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat einen verdienstvollen Beitrag zur Klärung dieser Frage geleistet. Die Richter haben erklärt, daß es sich dabei über weite Strecken um Aufgaben handle, welche die Parteien zwar wahrnehmen könnten, aber nicht müßten. Karlsruhe hat auch deutlich gemacht, was die politischen Kernaufgaben der Parteien sind, nämlich: die programmatische Alternative, die personelle Alternative und die Kommunikation mit der Öffentlichkeit. Das kann man mit drei K beschreiben: Konzepte, Kandidaten, Kommunikation.

Nicht zum Kernbereich der Parteienfunktionen gehört das inzwischen weidlich beklagte Phänomen, die Gesellschaft mit ihrem Einfluß zu „durchfasern“, mit ihrem Personalangebot zu durchdringen und Allkompetenz zu demonstrieren. Ihre Einflußsphäre erstreckt sich in alle möglichen Gesellschaftsbereiche bis hinunter in den kommunalen Schulbereich. Die Schulrektoren parteipolitisch zu bestimmen, erinnert fast an Österreich, wo man in keinem Ministerium Putzfrau werden konnte, ohne das rote oder das schwarze Parteibuch zu besitzen. Dieses Ansichziehen von gesellschaftlicher Macht hat die Entwicklung der Parteien zu Dienstleistungsorganisationen befördert, die nicht vorrangig der politischen Willensbildung dienen, sondern sich z.B. der Hausaufgabenbetreuung oder der Krippenschau in der Adventszeit widmen. Diese und ähnliche Dinge sind alles keine Parteiaufgaben.

Bei aller Kritik darf man aber das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, denn all das, was so heftig kritisiert wird an diesen Entwicklungen, sich zu stark in die Gesellschaft hinein zu bewegen, hat natürlich auch etwas mit dem verzweifelden Versuch der Parteien zu tun, die Distanz zur Gesellschaft abzubauen. Für politische Institutionen wie die Parteien, deren wichtigste Funktion ist, Gesellschaft und Staat funktional miteinander zu verbinden und quasi im Auftrag der Gesellschaft zu regieren, ist es natürlich ganz wesentlich, gesellschaftlich verankert zu sein und zu bleiben. Parteien holen die Leute dort ab, wo sie sind. Wir sollten auch nicht immer nur über die Probleme der Parteien reden, sondern auch über die politische Öffentlichkeit und die Bürger und uns fragen, woran diese eigentlich interessiert sind. Wenn es denn so ist, daß die Bürger lieber Betriebsausflüge mit der Partei machen, als an der politischen Willensbildung teilzunehmen, dann haben wir nicht nur ein Parteienproblem, sondern auch ein Bürgerproblem.

In der verfassungspolitischen Diskussion kommen gegenwärtig altbekannte Vorschläge und Forderungen auf den Tisch, die längst *ad acta* gelegt wurden, an die man sich in der aktuellen Krisensituation aber wieder erinnert. So reden wir also im Augenblick wieder über verstärkte plebiszitäre Elemente in der Demokratie. Über die kann man reden, ganz unabhängig von der Parteienkrise. Man muß sich aber dann auch die Frage gefallen lassen, ob dies wirklich zu einer rationaleren Form der politischen Willensbildung und kompetenteren politischen Entscheidungen führt. Man muß zumindest darüber reden, ebenso auch über die merkwürdig populäre Forderung nach einer Begrenzung der Amtszeit von Mandatsträgern. Kennen die Politiker und ihre Kritiker das politische System wirklich so wenig, daß sie glauben, Parteien als freien gesellschaftlichen Vereinigungen vorschreiben zu können, für wie lange sie ihre Vorsitzenden zu wählen haben? Als ob man den Parteien und ihren Mitgliedern nicht überlassen dürfte, darüber selbst zu befinden, wann sie ihrer Vorsitzenden überdrüssig sind.

Ich habe einmal die Amtszeiten unserer Bundeskanzler nachgesehen, die ja nach Meinung mancher Analytiker unbedingt auf zwei Amtsperioden beschränkt werden sollen. Man scheint überhaupt nicht daran zu denken, daß Kanzler eingebunden sind in Fraktionen und Parteiorganisationen, in denen normalerweise ein ungeheures Kontrollpotential freigesetzt wird, das zusammen mit dem Instinkt und den Interessen der Wähler Amtszeiten ohnehin begrenzt. So hatten wir Ludwig

Erhard mit drei Jahren Amtszeit, Kiesinger mit zwei, Brandt mit vier, Helmut Schmidt mit acht Jahren, da sind wir bei der kritischen Masse angekommen. Nur zwei Kanzler dieser Republik, Konrad Adenauer und Helmut Kohl, würden überhaupt unter eine solche Regelung fallen, wie sie augenblicklich diskutiert wird. Wie kraftvoll könnte ein Kanzler überhaupt regieren, der sich zeitlich dieser Guillotine nähert? Welche Einladung liegt in einer solchen Regel, Koalitionskrisen zu inszenieren?

Wäre es historisch betrachtet sinnvoll gewesen, den „Alten“ nach acht Jahren in die Wüste zu schicken und auch seinen „Enkel“ schon nach acht Amtsjahren zu pensionieren? Wie wären die Vereinigungsprozesse und die Europäisierungsprozesse in dieser Republik gelaufen, wenn 1990/91 nicht Helmut Kohl regiert hätte, sondern Oskar Lafontaine? Lassen wir doch bitte die Parteien und die Wähler selbst bestimmen, wen sie ins Amt bringen und dort halten wollen, um ihre Probleme zu lösen.

Wir sollten schließlich nicht immer nur nach der Einflußmacht der Parteien fragen, sondern uns auch um die Gestaltungsmacht der Parteien kümmern. So stehen wir vor der Herausforderung der Globalisierung, die wir nur mit hoher Führungskompetenz bestehen können. Die Parteien mit ihrem begrenzten Personalangebot finden ihre Wähler aber nicht in globalen Netzen, sondern in der Region und im lokalen Raum. Der Kandidat oder Abgeordnete, der seinen Wählern versichert, er sei hochkompetent in der Lösung globaler Probleme, wird kaum Anerkennung finden, weil lokalen Fragen an der Basis mehr Gewicht beigemessen wird. Aber wir brauchen unbedingt ein politisches Personal für die Zukunft mit hoher Gestaltungskompetenz auch für globale Fragen.

Beim zu beobachtenden Wertewandel und der fortschreitenden Individualisierung unserer Gesellschaft haben alle Parteien ihre besonderen Probleme. Wir könnten vor der Frage stehen, die überhaupt nichts mit der CDU zu tun hat, ob die politische Partei als Organisationsform des 19. Jahrhunderts noch angemessen ist für die Probleme der Mitgliederrekrutierung und Politikgestaltung im 21. Jahrhundert. Einfach deswegen, weil die kollektiv organisierbaren Interessen immer weniger da sind und alles in Lebensstile zerfällt. Schließlich, wie kommen eigentlich die Parteien zurecht mit der Tatsache, daß die Fernsehdemokratie ihnen

die politische Tagesordnung streitig macht? Wer setzt die großen Themen in diesem Land? Wer bestimmt, nach welchem „Mainstream“ diese Themen diskutierbar sind und im Sinne der „political correctness“ auch diskutiert werden dürfen?

Ich meine auch, daß die größte Herausforderung in diesem Lande eigentlich die Lethargie der Bundesbürger ist. Wenn diese sich im Fernsehsessel „räkeln“, in der linken Hand das Bierglas und in der rechten die Salzbrezel, und dann zusehen, wie sich die Politiker als Höchstleistungssportler am Trapez abkämpfen, um dann hinterher Noten für den technischen Gehalt und den künstlerischen Eindruck zu vergeben, dann deutet das auf einen Mangel an Bereitschaft zur politischen Beteiligung hin. Aufstehen und selber etwas tun, ist nicht angesagt. Die gleichen Leute, die für alles Plebiszite fordern, setzen bei einschlägigen Befragungen das politische Engagement an die vorletzte Stelle ihrer eigenen Werteordnung. Das sind Widersprüche in unserer Gesellschaft.

So haben wir zwar riesige Probleme bei der schulischen und beruflichen Qualifizierung der Bevölkerung sowie bei der Sanierung der sozialen Sicherungssysteme, doch wir finden kaum Bereitschaft, sich aus dem Gewohnten zu verabschieden und mehr Selbstverantwortung zu übernehmen. Selbstverantwortung wird in dieser Gesellschaft einfach übersetzt mit „Entfaltungsfreiheit“, aber so gut wie gar nicht mit „Einstehen für sich selbst“, auch was die materiellen Dimensionen der sozialen Sicherheit betrifft.

Das sind Zukunftsprobleme, vor denen alle Parteien stehen und die durch Krisen und Diskussionen wie diese nur überdeckt werden. Es wird allerhöchste Zeit, daß wir zur eigentlichen Tagesordnung der Zukunft zurückkehren.

*Prof. Eckhard Jesse*

## **Das Grundgesetz und die Parteien**

Der Anti-Parteien-Affekt hat in Deutschland eine lange, wenngleich keine ehrwürdige Tradition. Im Kaiserreich hatten sich die Parteien gegen die mit dem Nimbus der „Überparteilichkeit“ versehene Obrigkeit durchzusetzen, und in der Weimarer Republik wurde ihr „Bonzenrum“ von breiten Bevölkerungskreisen – den „Herzensmonarchisten“ – für fast alle Unbill verantwortlich gemacht. Die „Bewegung“ des Nationalsozialismus schließlich rechnete mit den „Systemparteien“ ab. In der Bundesrepublik änderte sich die Stellung der Parteien – verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch. Bald fanden sie breite Anerkennung. Die Vorbehalte verblaßten. Ein stabiles Parteiensystem kam auf, die einzelnen Parteien „mauserten“ sich, eine Art „Parteienstaat“ entstand. Die Anfang der sechziger Jahre verbreitete These vom „Ende des Parteienstaats“ erwies sich als eine Chimäre, die Parteiendemokratie nicht als „Produkt einer Übergangszeit“ (Ekkehart Krippendorff).

Doch in den letzten Jahren – nicht erst im Zusammenhang mit den Spendenaffären – mehren sich vielfältige Kritikpunkte an den mächtigen Parteien. Von der „Allmacht der Parteien“ ist plakativ auf der einen Seite die Rede, von der „Ohnmacht der Bürger“ auf der anderen. Stimmt dies so? Ist ein schleichender Verfassungswandel mit verhängnisvollen Konsequenzen eingeleitet? Oder liegt hier wieder einmal eine dramatisierende Übertreibung vor?

Die drei Fragen, die uns vorgegeben wurden, sind höchst unterschiedlicher Natur. Die erste Frage – „Welche Rolle haben die Parteien in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland für die Stabilität der Demokratie gespielt?“ – ist deskriptiv-retrospektiv angelegt (wie war es?); die zweite Frage hingegen – „Welchen Beitrag müssen die Parteien zur Stabilität der Demokratie in Zukunft leisten?“ – präskriptiv-prospektiv (wie soll und wird es sein?); die dritte Frage schließlich – „Das Grundgesetz schreibt den Parteien die Aufgabe zu, an der ‚politischen Willensbildung‘ mitzuwirken. Welche Rechte, Pflichten und Grenzen ergeben sich daraus?“ – ist auf einer anderen Ebene angesiedelt. Sie fragt nach den sich aus dem Grundgesetz ergebenden Konsequenzen.

Ich werde die erste Frage vor allem mit Blick auf das *Parteiensystem* beantworten, die zweite mit Blick auf die *einzelnen Parteien*, die dritte schließlich mit Blick auf die *Parteiendemokratie* in toto. Besteht zwischen den drei Aspekten ein Zusammenhang? Was die Frage nach der demokratischen Stabilität betrifft, so muß hervorgehoben werden, daß diese für die Beurteilung nur ein Faktor unter anderen ist.

### *1. Die Rolle des Parteiensystems in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*

Für die Parteien hat es im Nachhinein auch etwas Positives, daß sie von den Nationalsozialisten gleich nach 1933 ausgeschaltet wurden. So konnten sie nach 1945 in gewisser Weise unbelastet, vom Makel des Ermächtigungsgesetzes abgesehen, in die politische Arena zurückkehren – im Gegensatz zu 1918/19. Das war ein wichtiger Faktor der Stabilisierung der neuen Parteiendemokratie, zumal die Parteien im besetzten Deutschland gegenüber der Administration ein *Präe* besaßen und damit eine „ungeheure Patronagemacht“ (Wilhelm Hennis) entfalten konnten. Der notorischen Buntscheckigkeit des deutschen Parteiensystems wurde durch die anfängliche Lizenzierungspraxis der Alliierten ein Riegel vorgeschoben. Hinzu kam der Zusammenschluß der Liberalen zu einer Partei, und es entstand mit der Union eine überkonfessionelle christliche Partei, die das Manko des auf den katholischen Bevölkerungsteil orientierten Zentrums zu überwinden vermochte. Beide Entwicklungen waren wesentlich eine Reaktion auf die Hinterlassenschaft des Dritten Reichs.

Ein „symmetrisches“ Parteiensystem bildete sich im Bund zunächst nicht heraus. In den fünfziger und sechziger Jahren bestand ein asymmetrisches Parteiensystem zugunsten der Union, danach ein – freilich abgeschwächtes – asymmetrisches Parteiensystem zugunsten der SPD. Die Liberalen waren in ihrer Koalitionsbindung jeweils mehr oder weniger eindeutig festgelegt. Insofern führt der populäre Terminus des „Züngleins an der Waage“ in die Irre. Mit dem Wechsel der FDP zur Union 1982 trat erneut eine Form der Asymmetrie auf, und zwar zuungunsten der SPD. Waren die Grünen in den achtziger Jahren weder bündnisfähig noch überhaupt -willig, kristallisierte sich in den neunziger Jahren ein

Zwei-Blöcke-System heraus. Regierungswechsel legen in einem entscheidenden Punkt Zeugnis von der Funktionsfähigkeit des politischen Systems ab, das einer Parteienregierung lediglich befristet Verantwortung überträgt. Die Opposition kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn zumindest mittelfristige Aussicht besteht, die amtierende Regierung abzulösen.

Der Wähler weiß bei der Stimmabgabe, wer mit wem eine Koalition einzugehen beabsichtigt. Damit ist eine Entwicklung eingetreten, die zu Beginn der zweiten deutschen Demokratie kaum einer zu prophezeien gewagt hätte. Was die Anhänger der Mehrheitswahl wollten, war im Laufe der Jahre trotz eines Verhältnissystems Wirklichkeit geworden: Die Regierungsbildung vollzog sich faktisch durchs Volk – nicht nur im Bund, sondern auch in den meisten Bundesländern. Insofern verlor die Forderung nach Einführung der Mehrheitswahl stark an Gewicht.

Für die Entwicklung einer alternierenden Parteienregierung erscheint es im nachhinein ungemein wichtig, daß sich Konrad Adenauer gegenüber vielen seiner Parteifreunde durchsetzte und ebensowenig mit einer großen Koalition liebäugelte wie Kurt Schumacher, der Gegenspieler von der SPD. So konnte der Parteienwettbewerb früh in Gang kommen und sich beständig halten; österreichische Verhältnisse sind uns jedenfalls in dieser Hinsicht weitgehend erspart geblieben. Die Regierungswechsel vom Herbst 1969 und vom Herbst 1982 – bedingt jeweils durch Wandlungen der FDP – waren für die Parteiendemokratie der Bundesrepublik von großer Bedeutung, so umstritten sie seinerzeit gewesen sein mochten. Im ersten Fall vollzog sich der Wechsel durch die Wahl, im zweiten ohne Wahl. Allerdings wurde die Legitimation des Regierungswechsels 1982 durch eine Wahl ein halbes Jahr später nachgeholt – für die einen überflüssiger-, für die anderen notwendigerweise. Was 1994 knapp scheiterte, gelang 1998: Der erste „ungefilterte“ Regierungswechsel im Bund – die bisherige Opposition mit der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen kam an die Regierung; die bisherigen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP gelangten in die Opposition – ist für die Funktionsfähigkeit und die Stabilität des demokratischen Verfassungsstaates ungemein wichtig gewesen, auch für die Bürger in den sogenannten neuen Bundesländern. Demokratie ist eben nur Herrschaftsauftrag auf Zeit. Dieser

Wechsel vollzog sich – anders als 1969 – mit einer großen Selbstverständlichkeit. „Normalität“ kennzeichnet damit die gegenwärtige Entwicklung.

Der in der Bundesrepublik schnell einsetzende Konzentrationsprozeß ist für die Stabilität der Demokratie an sich noch kein Positivum, scheiterte die Weimarer Republik doch weniger an der Vielzahl der Parteien als an der Stärke extremistischer Kräfte von rechts und links und dem mangelnden Konsens der Demokraten. In der Bundesrepublik vollzog sich aus naheliegenden, an dieser Stelle nicht zu erörternden Gründen die Parteienkonzentration zugunsten der politischen Mitte. Warnungen vor einer „Überstabilität“ (Christian Graf von Krockow) des Parteiengefüges muten vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte nicht eben überzeugend an. Eine Auffächerung des Parteiensystems ist weder wünschenswert noch absehbar. Umgekehrt ist die lange vorherrschende Warnung vor einer Labilität („Wird Bonn doch Weimar?“) ebensowenig angemessen gewesen – erklärbar wohl durch ein gewisses „Stabilitätstrauma“ (Kurt Sontheimer).

## *2. Die künftige Rolle der einzelnen Parteien*

Die Parteien haben weiterhin dafür Sorge zu tragen, daß sich keine intransigenten Auseinandersetzungen – nicht im Bund, nicht in den Bundesländern – zwischen ihnen breitmachen. Kooperationsbereitschaft und Koalitionsfähigkeit der demokratischen Parteien müssen erhalten bleiben. Eine große Koalition ist dann, wenn sich keine anderen Koalitionsformen anbieten (z.B. deshalb, weil eine Partei wie die PDS, die nicht innerhalb des Verfassungsbogens angesiedelt ist, eine Mehrheitsbildung blockiert), keineswegs von Übel. Auch der kleinere Partner darf sich einer solchen Vorstellung nicht entziehen.

Bei der folgenden Analyse der einzelnen vier demokratischen Bundestagsparteien greife ich jeweils einen spezifischen – und heiklen – Faktor heraus, der mir für die jeweilige Partei (und auch für die weitere Stabilität des demokratischen Verfassungsstaates) wichtig zu sein scheint. Es geht um den Erhalt der großen Volkspartei (bei der Union), um die Wahrung des antiextremistischen Konsensus in der Koalitionsbildung (bei der SPD), um die Festlegung auf eine Koalition vor der

Wahl (bei der FDP) und um die Wahrung des ostdeutschen Gewichts (bei dem Bündnis 90/Die Grünen). Auf Punkte, die für alle gelten (wie etwa die Möglichkeit „Seiteneinsteigern“ das Vorankommen zu erleichtern), wird nicht eingegangen.

Was sich nach 1945 als Gewinn für die parlamentarische Demokratie erwies, die Bildung einer großen überkonfessionellen Volkspartei der bürgerlichen Mitte, hat sich heute keineswegs als Nachteil entpuppt. Insofern sind Versuche kritikwürdig, ein Auseinanderbrechen der Union anzustreben oder in Kauf zu nehmen – sei es um eines vermeintlichen Vorteiles willen (Vergrößerung des Stimmenanteils), sei es aufgrund von Streitigkeiten (etwa wegen differierender Einschätzungen des „Systems Kohl“). Einer künstliche Spaltung – zu denken ist etwa an eine bundesweite CSU – wohnen für die Stabilität der Parteiendemokratie mehr Gefahren als Vorteile inne. Solche Versuche könnten eine Eigendynamik in Bewegung setzen, die das gesamte Parteiengefüge veränderte. Im übrigen fällt das zu Erwartende mit dem Wünschenswerten zusammen: Wie die Union nach 1969 nicht zerfallen ist, so deutet auch jetzt nichts darauf hin. Die Selbstreinigungskraft erscheint groß genug. Von „italienischen Verhältnissen“ ist man weit entfernt.

Die SPD hat die Aufgabe am linken Rand wahrzunehmen, die der Union am rechten zufällt. Was der Union bisher rechts gelungen ist, muß sie links tun: sich entschieden von Parteien (wie der PDS) abzugrenzen, die wahrlich kein Gralshüter der parlamentarischen Demokratie sind. Doch bröckelt der antiextremistische Konsensus. Zum ersten Mal nach 1949 wurde eine Koalition auf Landesebene mit einer demokratisch anrühigen Partei gebildet. Wer gegen die Koalition der SPD mit der PDS in Mecklenburg-Vorpommern protestiert, gerät zwar im linksintellektuellen Milieu in eine milde belächelte Außenseiterposition, doch die Auffassung, in einem Bundesland sei eine Zusammenarbeit mit einer solchen Partei nötig, nicht jedoch im Bund, entbehrt der Glaubwürdigkeit. Was Arnulf Baring bereits nach der Bundestagswahl 1994 in Gestalt eines „Linksbündnisses“ als Gefahr gesehen hat (Kooperation von SPD, Bündnis90/Die Grünen und PDS), könnte schon bald Wirklichkeit werden.

Wegen der wahrscheinlich größeren Unübersichtlichkeit des Parteiengefüges und der Zunahme der Wählerwanderungen besteht die Gefahr, daß sich die Liberalen vor der Wahl immer weniger auf eine bestimmte Koalition festlegen – zumal in den

Bundesländern. Ein Fortschritt ist das kaum: Die Bürger wissen nicht hinreichend genau, was mit ihrer Stimme geschieht. Der Wähler sollte die Parteien dazu bringen, daß sie Farbe bekennen und Koalitionsaussagen machen – immer vorbehaltlich eines Wahlausgangs, der eine solche Konstellation arithmetisch ermöglicht. Wer sich alle Türen offenzuhalten sucht, entmündigt den Bürger, der schließlich nicht nur eine Partei wählen, sondern faktisch auch über die Art der Regierung mitentscheiden soll und will. Auf diese Weise erhält die Wahl als zentrales Element der politischen Partizipation ein größeres Gewicht. Im übrigen würde sich die FDP bei einem anderen Verhalten schaden: Der Ruf nach einem mehrheitsbildenden Wahlrecht könnte wieder aufleben. Und die Erfolgsaussichten der Liberalen dürften dadurch nicht steigen. Denn als „Partei der zweiten Wahl“ (Jürgen Dittberner) ist sie auf die Hilfe „ihres“ Koalitionspartners angewiesen, zumal die eigene Stammwählerschaft nur gering ist.

Das Bündnis 90/Die Grünen zeichnet sich trotz des weitgehenden Abstoßens extremistischer – radikalökologischer und ökosozialistischer – Positionen im Westen durch eine fundamentalistischere Grundierung aus, bedingt durch die Tradition. Gleichwohl gibt es die folgende Paradoxie: Obwohl das Bündnis 90/Die Grünen in den neuen Bundesländern über keine Machtbastionen verfügt und nur sehr wenige Mitglieder besitzt, hat es die Mutterpartei im Westen mehr beeinflußt als umgekehrt. Die Partei müßte es als ihre Aufgabe ansehen, die Ostverbände stärker zu fördern, auch wenn gegenwärtig u.a. aufgrund des in den neuen Bundesländern schwach ausgeprägten Postmaterialismus der Osten nicht „grünt“. Dies ist im Interesse der inneren Einheit der Partei wie des Landes.

Der für die einzelnen Parteien genannte spezifische Faktor könnte sich auch auf die anderen Parteien negativ auswirken. Gegenwärtig ist die Situation angesichts vielfacher Imponderabilien in mannigfacher Hinsicht prekär. Kurzatmige Vorhersagen sind daher unangemessen. Nach dem Lafontaine-Rücktritt vom Parteivorsitz und vom Amt des Finanzministers sowie den Niederlagen der SPD in Hessen und im Saarland wurde dieser Partei ein Desaster bei den nächsten Bundestagswahlen prophezeit. Nach dem Bekanntwerden der „schwarzen Kassen“ bei der CDU unken dieselben Beobachter von einem Debakel bei der Union. Kontinuität scheint nur in der Diskontinuität zu liegen.

### *3. Die Rolle der Parteiendemokratie zwischen Verfassungstheorie und –praxis*

Auf die nachfolgende Feststellung wird man sich leicht einigen können: Ohne Parteien geht es nicht; aber nur mit Parteien geht es auch nicht. Zwischen den Extremen der Machtvergessenheit und der Machtversessenheit bleibt jedoch ein breiter Interpretations- und Gestaltungsspielraum,

Zunächst: Wer auf mögliche Alternativen sinnt, wird nicht fündig, selbst wenn man massive Defizite des Parteienbetriebs in Rechnung stellt. Sie sind kein genereller Einwand gegen die Existenz von Parteien. Die Negierung von Parteien läuft – zumindest indirekt – zugleich auf eine Delegitimierung des demokratischen Verfassungsstaates hinaus. Parteien bilden einen unverzichtbaren Bestandteil einer offenen, pluralistischen Gesellschaft. Nur mit ihrer Hilfe lassen sich divergierende politische Zielvorstellungen, Interessen und Bedürfnisse in einen friedlichen und kontrollierten Prozeß der Willens- und Kompromißbildung einbringen, an dessen Ende verbindliche Entscheidungen stehen. Bürgerinitiativen, die sich wegen eines spezifischen Zieles gebildet haben, können Parteien nicht ersetzen, wohl aber ergänzen.

Die etwa von Rudolf Wildenmann verfochtene These von der „Ratlosigkeit der Riesen“ suggeriert, es gäbe zu den Volksparteien eine Alternative in dem Sinne, daß kleinere Parteien besser in der Lage sind, die politischen Einstellungen der Bürger zu kanalisieren. Tatsächlich erhöhten sich die zentrifugalen Tendenzen; die Fixierung auf die Mitte – nach dem britischen Parteienforscher Gordon Smith das Charakteristikum der deutschen Parteien – könnte ohne Not verloren gehen.

Aber: Wer Parteien als unentbehrlich ansieht und den Typus der Volkspartei beibehalten will, darf nicht den Blick für Mißstände verschließen. Die Parteien-demokratie ist – wie wachsender Parteienverdruß zeigt – reformbedürftig. Parteien haben als Mittler zwischen dem Volk und den Staatsorganen eine wichtige Aufgabe. Sie stellen sich zur Wahl und bündeln ähnlich geartete Interessen. Gemäß Art. 21 GG sollen sie an der politischen Willensbildung mitwirken; sie dienen damit nicht als bloße „Wahlvorbereitungsorganisationen“, wie das Bundesverfassungsgericht zu Recht hervorgehoben hat. Doch nehmen sie nicht

die „Funktionen eines Verfassungsorgans“ wahr – so ebenfalls das Bundesverfassungsgericht –, dessen Einschätzung der Rolle von Parteien nicht konsistent ist.

Diese müssen sich auch nach außen hin artikulieren und Führungsbereitschaft an den Tag legen – gegenüber ihren Wählern und gegenüber der öffentlichen Meinung. Allerdings ist aus dem Gebot der politischen Mitwirkung, das sich für Hartmut Jäckel als ein „Einfallstor“ verfehlter Interpretationen erwiesen hat, vielfach ein Privileg der Alleinverantwortung herausgelesen worden. Wir haben jedoch keinen „Parteienstaat“, sondern einen demokratischen Verfassungsstaat, der maßgeblich durch die Parteien bestimmt, aber nicht beherrscht wird. Art. 21 GG steht in einem unaufhebbaren Spannungsverhältnis zu Art. 38 GG. Dieses läßt sich weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin auflösen.

Im Laufe der Jahre haben sich die Parteien in zu viele gesellschaftliche Bereiche eingemischt. Der Eindruck, daß sie keineswegs immer an einer sachgerechten Problemlösung interessiert sind, dürfte nicht falsch sein. Was vor allem not tut, ist mithin die Aufgabe des Allzuständigkeitsdenkens der Parteien. Auf diese Weise konnten und können sie überfordert erscheinen und für Mißstände aller Art an den Pranger gestellt werden. Das „Parteibuchdenken“ – verbunden mit „Ämter-Patronage“ – hat zum Teil schlimme Formen angenommen, viele Begehrlichkeiten geweckt und erfüllt.

Allerdings ist dies nur die halbe Wahrheit. Wenn Parteien etwa in Rundfunkgremien vertreten sind, mokieren sich viele über die Auswüchse des „Parteienstaates“. Doch kann ein Parteienproporz alle relevanten politischen Strömungen zur Geltung bringen. Im übrigen haben wir nicht annähernd den starken Parteienproporz wie in Österreich, der dort (Rechts-)Populismus begünstigt hat. Die Annahme muß als naiv gelten, daß Parteien nur egoistische Interessen hegen, andere Gruppierungen hingegen ausschließlich dem Gemeinwohl verpflichtet seien.

Deutschland ist angesichts der vielfältigen Politikverflechtung keineswegs ein „ungefilterter“ Parteienstaat. Man denke an die föderale Ebene, an die starke Rolle der Gerichte, die Bedeutung der Verwaltung. Auf diese Weise wird zwar der Parteieneinfluß zurückgedrängt (wenngleich diese Bereiche zum Teil zur „Beute

der Parteien“ geworden sind), doch führt Politikverflechtung zur Verwischung der Verantwortlichkeiten. Wird nicht mehr hinreichend die Zurechenbarkeit der Entscheidungen erkannt, so stellt sich ebenso Verdruß ein. Es ist also nicht nur die behauptete „Allmacht“ der Parteien, die für Ärger sorgt, sondern vielleicht gerade auch deren „Ohnmacht“. Die Macht der Parteien kann in vieler Hinsicht beschnitten werden, nicht zuletzt durch Selbstbeschränkung. Die Trennung zwischen der Staats- und der Parteifunktion müßte, sofern möglich, deutlich eingehalten werden. Das Amtsethos leidet mannigfach Schaden, wenn die Vertreter öffentlicher Ämter ein laxes Verhalten an den Tag legen – nicht nur im finanziellen Sektor. Günstlingswirtschaft grassiert vielfach. Über die Diagnose herrscht vielfach Konsens, doch besteht Dissens über die Therapie. Angesichts notorischer Mißstände bei der Spendenpraxis schlagen manche das generelle Verbot von Spenden vor. Wird dadurch nicht erst recht jene „Verstaatlichung der Parteien“ gefördert, die im selben Atemzug beklagt wird?

An dieser Stelle sei eine Reformbestrebung ausführlicher gewürdigt: Es erscheint sinnvoll, „Parteibürger“ (dies sind die Parteimitglieder) und „Wahlbürger“ (also die Nicht-Parteimitglieder) stärker einzubeziehen – in Personenfragen, jedoch nicht in Sachfragen. Auf diese Weise könnte der Parteienverdruß eingedämmt werden.

Wenn „Parteibürger“ über Sachfragen abstimmen, so ist das ein offenkundiger Verstoß gegen das repräsentative Prinzip schlechthin. Haben die Parteien eine Art „imperatives Mandat“, so unterhöhlen sie die Verantwortlichkeiten der politischen Entscheidungsträger. Die Mitgliederbefragung der FDP zum „großen Lauschangriff“ (was für ein Wort für die Möglichkeit des elektronischen Abhörens von Wohnungen als Mittel zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität!) ist daher kein Ruhmesblatt innerparteilicher Demokratie, sondern ein bedenkliches Symptom „parteienstaatlicher“ Omnipotenz. Auf diese Weise wird der „Parteienstaat“ zementiert, nicht aufgelockert.

Auch die Entscheidung von „Wahlbürgern“ über Sachfragen ist keineswegs rühmend wert. Schließlich hat das Volk am Wahltag die Möglichkeit, die regierenden Parteien zur Verantwortung zu ziehen, aber sich selbst kann es nicht „belangen“. Die ohnehin in der „Gefälligkeitsdemokratie“ (Theodor Eschenburg) schon schwindende Führungsbereitschaft würde nicht zu-, sondern wohl

abnehmen. Allerdings sollte man nicht aus einem anti-plebiszitären Affekt heraus den Teufel an die Wand malen: Vereinzelte Volksabstimmungen gefährdeten keineswegs die repräsentative Demokratie. Das Beispiel der Schweiz gibt freilich zu sonderlich großem Optimismus keinen Anlaß.

Anders – weitaus positiver – sieht es mit der Abstimmung über Personen aus. Das gilt für „Wahlbürger“ wie für „Parteibürger“. Denn durch deren Einbeziehung in den personellen Auswahlprozeß wird noch kein Urteil über die jeweilige Politik gefällt. Das repräsentative Prinzip bleibt unangetastet. Doch darf dieser Ansatzpunkt nicht verallgemeinert werden: So ist es wenig sinnvoll, den Bundespräsidenten, der durch seine Repräsentation stilbildend und integrierend wirken soll, vom Volk wählen zu lassen. Und eine Direktwahl der Ministerpräsidenten erwiese sich geradezu als systemwidrig, benötigt dieser doch die Unterstützung der Mehrheit des Landesparlaments.

Zu den „Wahlbürgern“: Bei Bundestagswahlen haben wir eine „starre Liste“. Der Wähler kann lediglich ein Kreuz bei „seiner“ Partei machen. Hingegen besteht bei der „begrenzt-offenen“ Liste die Möglichkeit, daß der Wähler nicht nur eine Auswahl zwischen den Parteien, sondern auch zwischen den Kandidaten hat. „Begrenzt-offen“ (und nicht: „frei“) heißt die Liste deshalb, weil die Parteien die Kandidaten benennen. Obwohl die Enquete-Kommission „Verfassungsreform“ von 1976 diesen Wahlmodus empfohlen hat, ist bis heute eine Reform ausgeblieben. Auf diese Weise gewinnt der Wähler mehr Einfluß, und es mag sein, daß die Parteien bei der Aufstellung ihrer Kandidaten darauf Rücksicht nehmen. Der Einwand, die „Fraktionsplanung“ der Parteien werde in Frage gestellt, sticht nicht. Die Erfahrungen in Bayern bei den Landtagswahlen geben für Kritik keinen Anlaß. Zu überlegen wäre ferner, ob man „Wahlbürgern“ auf Bundesebene weitere Rechte einräumt (etwa durch „Panaschieren“ oder durch „Kumulieren“).

Zu den „Parteibürgern“: Die „Parteibürger“ müssen stärker am Auswahlprozeß der Kandidaten einbezogen werden. Für die Auswahl der Wahlkreiskandidaten sollte verbindlich gemacht werden, daß sich daran alle Parteimitglieder des Wahlkreises beteiligen können. So wäre der siegreiche Kandidat besser legitimiert, und möglicherweise setzten sich „gemäßigtere“ Positionen durch. (Delegierte müssen keineswegs repräsentativ für die „Parteibasis“ sein). Auch die Wahl der

Kandidaten für die Landeslisten sollte auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Schließlich erscheint es angezeigt, Personen für Spitzenämter oder für den Parteivorsitz von allen Mitgliedern wählen zu lassen – jedenfalls dann, wenn Konkurrenz besteht. Die Befragung darf keinen konsultativen Charakter haben, sondern muß verbindlich sein. So käme frischer Wind in die Parteien. Die Befürchtung, damit würden parteiinterne Auseinandersetzungen überhandnehmen, ist durch die bisherigen Erfahrungen nicht gedeckt.

Die Parteien wirken maßgeblich an der politischen Willensbildung mit. Sie dürfen sich dem nicht entziehen. Doch wird dieses Recht durch die Pflicht ergänzt, der eigenen Macht Grenzen zu setzen. Im übrigen kommt es auf den Gebrauch der Macht an. In einigen Bereichen könnte es nicht schaden, würden Parteien von ihrer Macht mehr Gebrauch machen, wenn es etwa um gestalterische Maßnahmen geht, um die Beseitigung von Problemen, die als solche ausgemacht sind, jedoch aufgrund taktischer Überlegungen nicht entschlossen angefaßt werden. In anderen hingegen wäre ein behutsamerer Umgang mit der eigenen Macht dringend geboten. So spricht Art. 3, Abs. 3 des Grundgesetzes davon, niemand dürfe wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt werden. Im Umkehrschluß heißt dies, daß niemand wegen seiner (partei-)politischen Auffassungen bevorzugt werden dürfe. Doch bringen die Parteien „ihre“ Leute häufig auch in solche Ämter, für deren Ausübung der Nachweis von „Parteitreue“ wahrlich keine Notwendigkeit ist.

Ungeachtet aller Mißstände gilt: Die überbordende Kritik in Medien an Parteien, ihren tatsächlichen und vermeintlichen Affären, ist selbst ein Mißstand. Die vergleichende Dimension kommt zu kurz – mit Blick auf die eigene Geschichte und mit Blick auf andere demokratische Verfassungsstaaten. Eine kurzatmige Betrachtungsweise überwiegt. Man sollte daher nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und in neuem Gewand keine alten Anti-Parteien-Affekte reaktivieren. Wohlfeile Aufregung ist kein guter Ratgeber. Wer die „Selbstlosigkeit“ der Bürger gegen die „Eigensucht“ der Parteien auszuspielen sucht, macht sich eine doppelte Moral zu eigen. Das ist nicht nur populär, sondern auch populistisch. Nicht jede Kritik an Parteien speist sich aus altruistischem Sachverstand. Und in mancher neuen Begeisterung für „Bewegungen“, die schnelle Lösungen offerieren, zeigen sich alte Vorbehalte gegenüber Parteien. Politik ist nach Max Weber bekanntlich

„ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“. Romantische Vorstellungen haben da keinen Platz.

Offenbar sind die Bürger mit der Politik der Parteien zufriedener, als manche Kritik suggeriert. Das ubiquitäre Wort von der Krise der Parteiendemokratie geistert mehr in den Medien umher als bei der Bevölkerung. Wird diese stärker dort gefragt, wo es um Personenentscheidungen geht, so ließe sich damit eine größere Lebendigkeit erzielen. Damit könnte nicht nur das Interesse von Bürgern an der Politik gesteigert werden, sondern auch die Bürgernähe der Parteien. Allerdings: Ein besseres politisches Personal muß sich durch die genannten Partizipationsformen nicht automatisch ergeben.

Besteht ein Zusammenhang zwischen dem Parteiensystem, den einzelnen Parteien und der Macht des „Parteienstaates“? Es liegt auf der Hand, daß ein über Jahrzehnte etabliertes Parteiensystem vielleicht manche der Begleiterscheinungen gebiert, die unsere Kritik erfahren. Das eine ist wohl die Kehrseite des anderen. Die beachtliche Stabilität des Parteiensystems erklärt sich u.a. vielleicht auch mit bestimmten Wettbewerbsverzerrungen. So haben es neue Parteien – ungeachtet des Gebots der Gründungsfreiheit – bekanntlich schwer. Eine rigorose Einschränkung der Macht der „alten“ Parteien förderte unter Umständen eine größere Labilität des Parteiensystems.

*Jürgen Hoffmann*

## **Zusammenfassung der Diskussion**

In den vergangenen fünf Jahrzehnten war Stabilität eines der markantesten Kennzeichen des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland. Hierin unterschied sich die zweite deutsche Demokratie grundlegend von der Weimarer Republik. Anders als 1918/19 traten die Parteien weitgehend unbelastet in die politische Arena. Zur Stabilität trug auch die restriktive Lizenzierungspraxis der Alliierten bei. Hinzu kam, daß die Parteien auf einem stabileren Fundament gegründet wurden, als dies im Kaiserreich der Fall gewesen war. So blieben die Liberalen in der Bundesrepublik Deutschland von Spaltungen verschont. Anders als in Weimar funktionierte der Parteienwettbewerb. Die meisten Regierungskoalitionen waren außer-ordentlich stabil. Auch österreichische Verhältnisse, die längerfristige Zusammenarbeit der Volksparteien in großen Koalitionen, blieben uns erspart.

Für die Zukunft wird es wichtig sein, dafür Sorge zu tragen, daß es auch weiterhin keine intransigenten Auseinandersetzungen zwischen den Parteien geben wird. Die CDU ist als überkonfessionelle Partei der bürgerlichen Mitte nach wie vor ein zentrales stabilisierendes Element in der Parteienlandschaft. Die SPD muß dafür sorgen, auch linke Wähler in das Parteiensystem zu integrieren. Seit sie jedoch in Ostdeutschland als Scharnier ins linksradikale Lager fungiert, ist der früher stabile anti-extremistische Grundkonsens des Grundgesetzes gefährdet. Die FDP dürfte in Zukunft immer zurückhaltender im Hinblick auf feste Koalitionsaussagen werden. Dies ist insofern problematisch, als der Wähler wissen sollte, welches Bündnis er mit seiner Stimme wählt. Auch in Zukunft wird es ohne die Parteien nicht gehen, aber nur mit den Parteien wird es auch nicht gehen.

Parteien bleiben ein unverzichtbarer Bestandteil einer offenen pluralistischen Gesellschaft, allerdings sieht sich die Parteiendemokratie seit einigen Jahren wachsendem Verdruß ausgesetzt. Parteien werden in Zukunft stärker mit anderen Agenturen und Institutionen der politischen Partizipation konkurrieren. Die Parteien sind längst keine bloßen Wahlvorbereitungsorganisationen mehr, sie sind auf vielfacher Weise in den Prozeß der politischen Willensbildung eingebunden. In

den vergangenen Jahren haben die Parteien zunehmend Organisations- und Rekrutierungsschwächen gezeigt. Vielfach ist beklagt worden, sie hätten sich in zu viele gesellschaftliche Bereiche eingemischt, was zu ihrer Überforderung beigetragen habe. Auch wenn viele Kritikpunkte berechtigt sind, sind die Maßstäbe der Kritik aber nicht immer sachgerecht. Zu empfehlen ist den Parteien für die Zukunft aber zumindest, ihr Allzuständigkeitsdenken aufzugeben, denn mit der Übernahme einer Gesamtverantwortung werden die Parteien auch für alle Mißstände verantwortlich gemacht.

Häufig ist in Deutschland die Berichterstattung über Krisen aufgeregter als die Krisen selbst. Die Schleswig-Holstein-Wahl vom Februar 2000 hat gezeigt, daß die Bürger besonnener reagieren als die Medien. Es gibt weder eine Parteien- noch eine Staatskrise, sondern ein Bündel an Sachproblemen. Die Bürger sind bereit, dies zeigt das Wahlverhalten, mit den Problemen rational umzugehen. Kern des Problems der CDU ist der Abschied von der Ära Kohl. Die aktuelle Parteispendenkrise hat den Strukturwandel, der auf die CDU ohnehin zugekommen wäre, erheblich beschleunigt. Die CDU war gezwungen, ihre Krise rasch anzugehen und die Probleme in kurzer Zeit umfassender anzupacken, als sie es ohne den Spendenskandal getan hätte. Insofern hatte dieser eine Katalysator-Wirkung. Der Übergang dürfte personell und programmatisch aber schmerzhaft und schwierig werden. Die Schwierigkeiten des Übergangs stellen auch besondere Anforderungen an den demnächst zu wählenden neuen Parteivorsitzenden. Heute rächt es sich, daß die CDU sich programmatisch in der Ära Kohl nicht ausreichend weiterentwickelt hat. Die Ära Kohl erscheint in der Rückschau als eine lange Phase von Stabilität und Ruhe.

Allerdings befindet sich nicht nur die CDU in einer Krise. Die SPD hat immer noch eine sehr große ideologische Spannweite, die durch die Figur Gerhard Schröders nur unzureichend überlagert werden kann. Hier drohen in Zukunft immer wieder ideologische Richtungsauseinandersetzungen. Auch die Grünen sind nach wie vor ungefestigt. Weder personell noch programmatisch haben sie sich seit dem Eintritt in die Regierung konsolidiert. Die FDP profitiert momentan von der Schwäche der CDU. Sie ist programmatisch aber ebenfalls nicht auf ein festes Fundament gegründet. Insgesamt erscheint die Parteiendemokratie der Bundesrepublik zu Beginn des 21. Jahrhundert labil und krisenanfällig. Die Parteien sind im Hinblick

auf ihre Aussagen zur Zukunftsgestaltung immer vager geworden. Da sich aber keine Alternativen zur politischen Willensbildung abzeichnen, droht eine Verschärfung der Krise. Das Land befindet sich in einer schlechten Verfassung. Die Krise ist schleichend, Reformbedarf ist zwar erkannt worden, aber bislang sind keine zwingenden Reformen umgesetzt worden. Es steht zu befürchten, daß die Politik des Durchwurstelns und des „Weiter so“ sich zunächst fortsetzen wird.

Auch wenn man im Abschneiden der CDU in Schleswig-Holstein durchaus positive Ansätze erkennen kann, darf man aber nicht übersehen, daß die CDU wieder dort angekommen ist, wo sie im September 1998 nach der Niederlage bei der Bundestagswahl war. Es ist offen, wohin der Weg der CDU führen wird. Die politische Krise, die wir gegenwärtig beobachten, ist keine Momentaufnahme. Seit 15 bis 20 Jahren läßt sich ein schleichender Vertrauensentzug für die Parteien beobachten. Das Vertrauen in die Parteien hat sich in dieser Zeit fast halbiert. Allerdings ist die Kritik an den Parteien teilweise sehr heuchlerisch. Den Parteien soll ein Moralkodex aufgezwungen werden. Dabei wissen auch die Parteienkritiker, daß es in der Politik keineswegs in erster Linie um Moral geht, sondern um Macht und Mehrheiten. Hier darf keine künstliche Trennungslinie aufgebaut werden, es ist an der Zeit, sich in Erinnerung zu rufen, daß Macht und Demokratie zusammengehören.

Die gegenwärtige Diskussion um die Parteien in Deutschland ist nur vor dem Hintergrund des traditionellen deutschen Anti-Parteien-Affektes zu verstehen. Kritikwürdig ist allerdings, daß die Parteien in den vergangenen Jahren das gesamte politische gesellschaftliche Leben durchdrungen haben. Ihre zentralen Aufgaben sollten die Programmformulierung, die Kandidaten-rekrutierung, die politische Kommunikation mit den Bürgern und die Übernahme politischer Macht sein. Die Parteien sollten sich nicht zu Dienstleistungsorganisationen entwickeln, sie sollten sich stärker zurücknehmen und sich auf ihre Kernaufgaben beschränken. Allerdings muß man den Parteien zugute halten, daß die Ausweitung ihrer Tätigkeitsbereiche auch dem Zweck diene, Distanz zur Gesellschaft abzubauen.

Die gegenwärtigen Vorschläge zur Reform der parlamentarischen Demokratie sind im Grunde „alte Kamellen“ aus der verfassungspolitischen Diskussion und aus der

Parteireformdiskussion zu Beginn der 90er Jahre. Auch wenn viele Vorschläge, so zum Beispiel Amtszeitbegrenzungen, auf den ersten Blick einleuchtend sind, läßt sich gleichwohl hiergegen einwenden, daß sie mit den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie nur schwer vereinbar sind. So würde die Begrenzung der Amtszeit des Bundeskanzlers auf maximal 10 Jahre, die Volkssouveränität tendenziell aushöhlen, weil die Auswahl des Wählers eingeschränkt würde. Es gibt in der „Fernsehdemokratie“ einen weiteren Widerspruch: So steht die sich ausbreitende politische Lethargie in einem Mißverhältnis zu immer häufiger vorgetragenen Forderungen nach Plebisziten. So kann neben der Kritik an den Parteien auch die fehlende Bereitschaft vieler Bürger zur Selbstverantwortung bemängelt werden.

Sinnvolle Reformen der Demokratie sind auf vielen Feldern möglich. Sie dürfen sich keineswegs darauf beschränken, das Parteiengesetz im Hinblick auf finanzielle Unregelmäßigkeiten zu verschärfen. Ein weiterer Reformansatz für die Demokratie wäre ein erweitertes Wahlrecht, wie dies in einigen Regionen schon im kommunalen Bereich praktiziert wird (Kumulieren, Panaschieren). Auch die Urwahl bei der Vergabe von Parteiämtern könnte weiter Schule machen. Sinnvoll wäre es auch, die Wahlkampfkosten in Zukunft zu beschränken. Hierzu würde auch beitragen, wenn die Wahltermine stärker gebündelt würden. Die Zusammenlegung von Wahlterminen hätte jedoch nicht nur positive finanzielle Auswirkungen, sie würde uns auch aus der permanenten Wahlkampfsituation der gegenwärtigen Politik befreien.

Abschließend läßt sich sagen, daß Deutschland nicht auf der Höhe seiner Probleme lebt. Reformbedarf ist zwar erkannt, wird aber nicht konsequent umgesetzt. Selbstverantwortung ist in Deutschland immer noch zu schwach ausgeprägt. Die Lösung von politischen Problemen hängen nicht in erster Linie mit der Amtsdauer von Politikern zusammen. Die Hauptprobleme sind auch nicht in erster Linie Gesetzesänderungen, sondern die Verweigerung von Gehorsam gegenüber bestehenden Gesetzen. Parteien üben heute keine inhaltliche Meinungsführerschaft mehr aus. Orientierung können sie immer weniger geben. Ihre Führungsqualität hat nachgelassen, Parteien sollten sich wieder stärker zu Bürgerorganisationen zurückentwickeln. Abgehobene Parteienkritik ist aber fehl am Platze. Es besteht auch kein Grund, grundsätzlich an der Zukunftsfähigkeit der

Parteien zu zweifeln. Auch die Kritiker der Parteien sind sich darüber im Klaren, daß es keine prinzipielle Alternative zu den Parteien gibt.

## Die Autoren

Baring, Arnulf

Geb. 1932, Politikwissenschaftler und Historiker

Em. Professor für Zeitgeschichte und Internationale Beziehungen  
an der Freien Universität Berlin

Hoffmann, Jürgen

Geb. 1960, Politikwissenschaftler

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung  
Arbeitsschwerpunkt empirische Parteienforschung

Jesse, Eckhard

Geb. 1948, Politikwissenschaftler, Parteien- und  
Parlamentarismusforschung

Ord. Professor für politische Systeme und politische Institutionen  
an der TU Chemnitz

Oberreuter, Heinrich

Geb. 1942, Politikwissenschaftler und Historiker

Ord. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Passau  
Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing